

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

bis 16:00 Uhr

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereich Soziales

Fachbereichsleiter Jörg Sieberns
Stellv. Fachbereichsleitung 50 Peter Albers

Gesundheitsamt

Fachbereichsleiter Christof Rübsamen

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

Anette Kruse-Janssen (BASU)
1 Pressevertreterin

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Petra Kolbe
Grundmandat Helga Weinstock

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.11.2012
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - Fachbereich Soziales
- 4.2 Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - Fachbereich Gesundheit
- 4.3 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates **14/2013**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Defibrillatorenstadtplan
- 5.2 Seminar für Ausschussmitglieder
- 5.3 Methadonvergabe

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.11.2012

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.11.2012 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat**4.1 Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - Fachbereich Soziales**

Herr Stoffers trug das Zahlenwerk anhand der Übersicht zum Teilergebnishaushalt des FB 50 vor.

Die veranschlagten Aufwendungen im Haushalt des Fachbereiches Soziales in 2013 betragen 73,2 Mio. Euro, die Erträge 47,1 Mio. Euro. Dieser Teilhaushalt stelle damit den größten Posten im Gesamthaushalt der Stadt Wilhelmshaven dar.

Die Kosten der Unterkunft (KdU) für rund 11.000 Personen in rund 6.000 Bedarfsgemeinschaften seien mit 23,875 Mio. Euro veranschlagt. Davon würden 6,3 Mio. Euro vom Bund und 2,2 Mio. Euro vom Land erstattet.

Im folgenden Jahr sei durch die alle 2 Jahre zu erfolgende Mietbeträgeanpassung mit höheren Kosten zu rechnen.

Bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften habe man eine Verbesserung von 50 für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch den JWP eingerechnet.

Wie sich eine sog. `Einkreisung` mit dem Landkreis Friesland im Haushalt des Fachbereiches auswirken könnte, sei noch unklar:

Die Aufgabe der KdU würde in den Zuständigkeitsbereich des Kreises fallen. Wie ein finanzieller Ausgleich zu erfolgen hätte, z.B. durch die Erhöhung der Kreisumlage, sei abzuwarten.

Zur Nr. 27 (Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen) informierte Herr Stoffers, dass hier das Bildungs- und Teilhabepaket dargestellt würde. Die Betragsverringerung sei im Wegfall der bis 2013 befristeten Schulsozialarbeit begründet.

Auf Nachfrage von Frau Bakir erörterte Herr Albers, dass 44 Integrationshelfer für 44 Schulkinder (Verhältnis 1:1) eingesetzt würden.

Zur Nr. 7. (Kostenerstattungen) erklärte Herr Stoffers, dass dieser Punkt drei Themenkomplexe umfasse:

Quotales System:

Es handle sich um ein System der Kostenverteilung zwischen dem Land Niedersachsen und den kommunalen Gebietskörperschaften. Dabei erfolge eine Differenzierung zwischen den Aufgaben des örtlichen oder überörtlichen Trägers. Als grobes Unterscheidungsmerkmal könne man heranziehen, dass die stationären Aufgaben in den überörtlichen und die ambulanten Aufgaben in den örtlichen Bereichen fallen.

Erstattung der Kosten der Grundsicherung vom Bund:

Der Bund beteilige sich an den Kosten der Grundsicherung in 2012 mit 45 %, 2013 mit 75 % (entsprechen 6,3 Mio. Euro) und für das Jahr 2014 sei die komplette Kostenerstattung (= 9,2 Mio. Euro) geplant.

Landespauschale für Asylbewerberleitungen:

Derzeit würden 4.826 Euro pro Person vom Land erstattet, wobei ein Defizit zwischen Aufwendungen und Erstattungen festzustellen sei. Man erwarte eine Erhöhung dieses Zuschusses, nachdem ein Gerichtsurteil die Pauschale als zu niedrig eingestuft habe.

Zur Nr. 11 (sonstige ordentliche Erträge):

Man habe nach dem Landessozialgerichtsurteil bezüglich der Mietkosten Rückstellungen gebildet, die nun zum Großteil auflösbar seien.

Zur Nr. 13 (Aufwendungen für aktives Personal):

Der Anstieg liege in der Tarifierhöhung und neuem Personal begründet.

Die TeilhabemanagerInnen seien im Rahmen der Hilfeplanung im Bereich der Eingliederungshilfe eingestellt worden. Die personelle Verstärkung sei nach dem CONSENS-Gutachten notwendig, um u. a. Einsparungen zu erzielen.

Das Gutachten habe insbesondere bei Produkt 31.13.66 (Hilfen zu einem selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten) Einsparpotential ausgemacht.

Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis zu Pkt. 15 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) antwortete Herr Stoffers, dass der Mietvertrag für das Gebäude in der Gökerstraße (Altenhilfe, Gesundheitsamt) bis 2020 laufe und keine Kündigungs- oder Minderungsmöglichkeiten bestünden.

Herr Dr. Rübsamen ergänzte, dass dieser Vertrag vor ca. 15 Jahren mit regelmäßigen Steigerungen abgeschlossen wurde.

Frau Biester fragte nach, warum die Aufwendungen (unter 20.) von 2012 bis 2017 von ca. 73 auf ca. 82 Mio. Euro steigen.

Herr Stoffers verwies in erster Linie auf die Steigerungen in der Eingliederungshilfe.

Für die Stadt stehe das eigentliche Ergebnis unter Punkt 25, wo insgesamt ein nur moderater Anstieg zu verzeichnen sei.

Abstimmung:

Dem Haushaltsplanentwurf 2013/2014 des Fachbereichs Soziales wird mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

4.2 Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - Fachbereich Gesundheit

Herr Dr. Rübsamen trug die Daten anhand der Übersicht zum Teilergebnishaushalt des FB 53 vor.

Unter Nr. 2 stünden Zuschüsse von den Krankenkassen für den Jugendzahnärztlichen Dienst.

Unter Nr. 5 würden Erstattungen für Gutachten (für z.B. Jobcenter, Gesundheitsaufsicht) verbucht.

Nr. 7 beinhaltet Erstattungen vom Land für Aufgaben im Rahmen des Hafenärztlichen Dienstes.

In Nr. 13 seien auch Kosten der TeilhabemanagerInnen für psychische Behinderte als Schnittstelle mit dem Fachbereich Soziales enthalten.

Unter Nr. 16 seien die einmaligen hohen Abschreibungen in einer Inventarübertragung an GGS begründet.

Nr. 18 beinhalte u.a. den Zuschuss zur Fachstelle Sucht bei der Diakonie.

Unter Nr. 26 stünden Erstattungen vom Fachbereich Soziales.

Abstimmung:

Dem Haushaltsplanentwurf 2013/2014 des Fachbereichs Gesundheit wird mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Zuschussanträge:

Herr Stoffers trug vor, dass 2 Zuschussanträge vorliegen:

1. Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative WHV/FRI über 9.000,00 Euro
2. Zuschussantrag der DMSG (Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft) über 1.000,00 Euro

Bisher habe man diese Anträge immer mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass man in der jetzigen Haushaltssituation rechtlich nicht in der Lage sei, weitere freiwillige Leistungen zu übernehmen. Dabei sei eine Bewertung der Sinnhaftigkeit der Arbeit nicht erfolgt. Herr Stoffers wies auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 08.01.2013 hin, welches an alle kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen gerichtet war. Dieses hätten alle Ratsmitglieder zur Kenntnis erhalten. Unter dem Titel „Eckpunkte der Genehmigungsverfahren seitens der Kommunalaufsichtsbehörden“ wurden die Bedingungen genannt, unter denen kommunale Haushalte genehmigt werden. Zum Thema „freiwillige Leistungen“: Diese seien im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes permanent kritisch zu hinterfragen, eine Ausweitung bei bestehender Haushaltskonsolidierung habe grundsätzlich zu unterbleiben.

Frau Linsen-Steiner befürwortete den Antrag der ALI, durch deren Arbeit u.U. Geld gespart werden könnte. Die Herren Hammadi und Büscher stimmten ihr zu. Herr Walpurgis schlug eine Begrenzung des Betrages auf 5.000 Euro vor. Er vertrat die Auffassung, in anderen Ausschüssen würden Gelder für solche Maßnahmen bereitgestellt. Man solle ein Zeichen für die wichtige Arbeit der ALI setzen.

Herr Möhle verdeutlichte, dass man sich an die Vorgaben der Kommunalaufsicht halten müsse. Er bedauere die Situation, man habe jedoch keine Wahl. Es gebe andere Gruppen, die ebenfalls gute Arbeit leisten und keinen Zuschuss erhielten.

Frau Biester stimmte zu. Es handele sich um eine freiwillige Leistung, damit sei ein Zuschuss ausgeschlossen.

Abstimmung:

Den Zuschussanträgen der Arbeitsloseninitiative WHV/FRI über 9.000,00 Euro und der

DMSG (Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft) über 1.000,00 Euro wird zugestimmt:

3 Ja-Stimmen / 2 Ablehnungen / 2 Enthaltungen

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

4.3 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates

14/2013

Nach Vorstellung der Beschlussvorlage durch Herrn Reese erfolgte ein einstimmiger Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt die personelle Besetzung des Behindertenbeirates ab dem 01.01.2013 wie folgt fest:

<u>Institution</u>	<u>Name, Vorname</u>	<u>Hinweis</u>
Wilhelmshavener Kinderhilfe	Ehrhardt, Heike	
Gesellschaft f. paritätische Sozialarbeit	Gastmann, Sabine	
Blindenverein WHV / FRI e. V.	Kiewitt, Manuela	
Sozialverband Deutschland	Janneck, Udo	
Agentur für Arbeit	Bormann, Karl	
VdK Sozialverband	Schäfer, Walther	
Freundeskreis d. Körperbehinderten	Heckmann, Siegfried	
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Dr. Schwindt, Peter	
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Michaelis, Christa	
Vorsitzender des SoG	Reese, Uwe	Beratende Stimme
Fachbereich Soziales	Koch, Michael	Beratende Stimme

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Defibrillatorenstadtplan

Herr Reese fragte nach dem angekündigten Antrag von Herrn Walpurgis. Dieser sei nach dem Ankündigungsschreiben vom November 2012 noch nicht eingereicht worden.

Herr Walpurgis informierte über die Standorte der Defibrillatoren in der Stadt Oldenburg. Er plädierte für einen Stadtplan, wie es ihn in anderen Städten bereits gebe. Eine Drittfinanzierung über Sponsoren wäre u.U. denkbar. Vor Einreichung eines offiziellen Antrages wollte Herr Walpurgis den Sachstand im Ausschuss zunächst erörtern.

Herr Dr. Rübsamen begrüßte die Idee. V.a. für die Feuerwehr sei wichtig zu wissen, wo sich die Geräte befinden.

Die Stadt Oldenburg habe über die Internetpräsenz des Geoinformationsamtes den eigenen Stadtplan mit den Standorten eingestellt.

Bei der Stadt Wilhelmshaven habe man noch keine solche eigene Karte. Man müsse dies mit der Stadtvermessung besprechen.

Herr Reese berichtete, dass in der Stadt Oldenburg 125 Geräte über das Stadtgebiet (u.a. alle OLB-Filialen, IKEA, einige Sportvereine) verteilt seien.

Es wurde festgehalten, dass die notwendigen ersten Schritte eingeleitet und die Kosten festgestellt werden. Ein Bericht folge zeitnah.

5.2 Seminar für Ausschussmitglieder

Herr Sieberns informierte, dass er im Dezember die Ausschussmitglieder per E-Mail um eine Stellungnahme zu den Erwartungen bezüglich einer Schulung gebeten habe. Lediglich zwei Antworten hätten ihn erreicht.

Herr Stoffers ergänzte, dass im Jugendhilfeausschuss rechtliche Themen von einem Richter in einem ganztägigen Seminar vorgetragen wurden.

Es sei nun die Frage, ob man für den hiesigen Ausschuss ebenfalls ein Tagesseminar am Wochenende plane oder einzelne Themenkomplexe im Rahmen der Ausschusssitzungen vortragen lässt.

Der Ausschuss äußerte kein eindeutiges Votum für ein Wochenendseminar. Einzelne Mitglieder sprachen sich dafür, andere dagegen aus, was nach Meinung von Herrn Stoffers den Aufwand an personellen und finanziellen Mitteln nicht rechtfertige.

Es sollen nun einzelne Themen im Rahmen der Ausschusssitzungen erörtert werden.

5.3 Methadonvergabe

Herr Reese informierte, dass die Methadonabgabe in den neuen Räumlichkeiten durch Herrn Abelmann positiv angelaufen sei (die WZ berichtete).

Es fehle weiterhin ein Dosierspender für das Methadon, der die Arbeit erleichtern würde.

Herr Abelmann habe in Herrn Janssen einen Vertreter gefunden. Die Praxis könne z. Z. bis zu 50 Personen versorgen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:05 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in